S 3 AL 429/96

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	3
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 3 AL 429/96
Datum	23.08.2000

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 AL 197/00
Datum	20.08.2001

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Auf die Berufung werden der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Chemnitz vom 23.08.2000 und der Bescheid vom 31.05.1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17.04.1996 aufgehoben.

II. Die Beklagte hat dem Kläger die notwendigen außergerichtlichen Kosten beider Verfahrensinstanzen zu erstatten.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten über die teilweise Aufhebung der Bewilligung von Zuschüssen zum Arbeitsentgelt zur Einstellung eines Schwerbehinderten sowie die Geltendmachung einer Erstattungsforderung in Höhe von 10.800,00 DM.

Der am 19.12.1958 geborene Kläger betreibt eine Zahnarztpraxis.

Am 22.12.1992 beantragte er bei der Beklagten die Forderung der Einstellung und Beschäftigung der Schwerbehinderten Arbeitnehmerin M. (I. S.), bei der ein Grad der Behinderung von 30 festgestellt worden war, in Form einer Eingliederungsbeihilfe sowie von Arbeitsentgeltzuschüssen. I. S. war zum

Antragszeitpunkt die Schwiegermutter des KlÄgers. Sie wurde laut Arbeitsvertrag vom 23.12.1992 ab 01.01.1993 unbefristet als Verwaltungsangestellte/Rezeptionistin mit einem ortsÄblichen Bruttoarbeitsentgelt von 1.800,00 DM monatlich eingestellt.

Mit Bescheid vom 13.01.1993 bewilligte die Beklagte dem KlÄger anlÄsslch der Einstellung der Arbeitnehmerin I. S. fÄr die Zeit vom 01.01.1993 bis 30.06.1993 eine Eingliederungsbeihilfe als Zuschuss in HÄhe von 40 v.H. des bei Einstellung maÄgeblichen und fÄr die Bemessung zu Grunde zu legenden Arbeitsentgeltes von 1.800,00 DM, d.h. 720,00 DM monatlich.

Mit Bescheid vom 08.03.1993 gewÄhrte die Beklagte einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt fÄr die Dauer von zwei Jahren. Der Zuschuss betrage fÄr den gesamten FÄrderzeitraum 19.440,00 DM. Im Zeitraum vom 01.01.1993 â 30.06.1993 wÄrden monatlich 360,00 DM, vom 01.07.1993 â 31.12.1993 monatlich 1.080,00 DM und vom 01.01.1994 â 31.12.1994 monatlich 900,00 DM gezahlt. Nach dem Bescheidtext waren die als Anlage beigefÄgten Hinweise Bestandteil des Bescheides. In den Hinweisen erlÄuterte die Beklagte die gesetzlichen Voraussetzungen der FÄrderung. Sie wies auf die Verpflichtung zur unverzÄglichen Mitteilung aller Änderungen (z.B. des Ausscheidens des Schwerbehinderten aus dem ArbeitsverhÄltnis innerhalb der einjÄhrigen WeiterbeschÄftigungsfrist) hin.

Am 30.09.1994 kÄndigte der KlÄger das ArbeitsverhÄltnis zum 31.12.1994 wegen erheblicher finanzieller Schwierigkeiten seiner Praxis. Am 09.12.1994 meldete sich I. S. bei der Beklagten mit Wirkung zum 01.01.1995 arbeitslos.

Mit Bescheid vom 31.05.1995 hob die Beklagte den Bewilligungsbescheid vom 08.03.1993 mit Wirkung zum 08.05.1995 gemÄss [Ä 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SGB X](#) auf und forderte den Zuschuss in HÄhe von 10.800,00 DM zurÄck. Mit Bescheid vom 08.03.1993 habe der KlÄger ein Formblatt mit Hinweisen erhalten. Unter Punkt 3 der Hinweise sei vermerkt gewesen, dass bei einem Ausscheiden nach einer FÄrderzeit fÄr jeden Monat, der zum vollen Jahr der WeiterbeschÄftigung fehle, ein Betrag in HÄhe des im letzten Monat der FÄrderzeit erbrachten Zuschusses zurÄckzuzahlen sei. Eine RÄckzahlungspflicht bestehe nur dann nicht, wenn das BeschÄftigungsverhÄltnis vom Schwerbehinderten gekÄndigt oder es einvernehmlich beendet oder das BeschÄftigungsverhÄltnis arbeitgeberseitig mit Zustimmung der HauptfÄrsorgestelle gekÄndigt wurde. Da der KlÄger fÄr die von ihm ausgesprochene KÄndigung keine Zustimmung der Hauptversorgungsstelle eingeholt habe, sei er zur RÄckzahlung verpflichtet.

Gegen diesen Bescheid richtete sich der Widerspruch des KlÄgers vom 14.06.1995. Die KÄndigung sei wegen erheblicher finanzieller Schwierigkeiten seiner Praxis erfolgt. Aus diesem Grunde sei er nicht zur RÄckerstattung in der Lage. Eine solche hÄtte den Ruin seiner Praxis zur Folge. Die Einwilligung der HauptfÄrsorgestelle sei aus Unkenntnis nicht eingeholt worden.

Mit Widerspruchsbescheid vom 17.04.1996 Änderte die Beklagte den Bescheid

vom 31.05.1995 ab und hob den Bescheid vom 08.03.1993 insoweit auf, als der f¼r die Dauer eines Jahres gezahlte Arbeitsentgeltzuschuss zu erstatten sei. Im ¼brigen wies sie den Widerspruch als unbegr¼ndet zur¼ck. Es fehle ein volles Jahr der Weiterbesch¼ftigung. Innerhalb dieser Frist habe der Kl¼ger auch keinen anderen Schwerbehinderten eingestellt. Durch die dem Bescheid beigef¼gten Hinweise sei er ausreichend ¼ber die Bestimmungen zur Gew¼hrung von F¼rderleistungen und deren R¼ckzahlung informiert worden.

Am 20.05.1996 hat der Kl¼ger Klage zum Sozialgericht (SG) Chemnitz erhoben. Er habe nachtr¼glich die Zustimmung der Hauptf¼rsorgestelle zur K¼ndigung erhalten. Sein Fehler sei zugegebenerma¼ßen gewesen, dass er das Merkblatt nicht aufmerksam gelesen habe. Diesen Fehler mit "Konkurs" zu bestrafen, halte er f¼r zu hart.

In der m¼ndlichen Verhandlung vom 30.09.1998 hat die Beklagtenvertreterin erkl¼rt, die Erstattungsforderung werde nunmehr auf Â§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV) gest¼tzt.

Nach Anh¼rung der Beteiligten hat das SG mit Gerichtsbescheid vom 23.08.2000 die Klage abgewiesen. Zutreffende Aufhebungsbestimmung sei [Â§ 48](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X). [Â§ 10 SchwbAV](#) stelle hierzu keine Sonderregelung dar, da diese Regelung als Rechtsfolge nicht die Aufhebung der Bewilligung vorsehe. Sie beinhalte vielmehr lediglich Nebenbestimmungen ¼ber eine R¼ckerstattung. Eine wesentliche ¼nderung im Sinne des [Â§ 48 SGB X](#) bestehe darin, dass der Kl¼ger das Arbeitsverh¼ltnis zur Arbeitnehmerin I. S. zum 31.12.1994 gek¼ndigt habe. Gem¼Ù [Â§ 10 SchwbAV](#) w¼rden Zusch¼sse unter der Voraussetzung bewilligt, dass der Arbeitgeber den Schwerbehinderten w¼hrend der F¼rderzeit besch¼ftige und bei unbefristeten Arbeitsverh¼ltnissen nach Ablauf der F¼rderzeit wenigstens ein Jahr weiterbesch¼ftige, mit der Auflage, den Zuschuss bei einem Ausscheiden nach der F¼rderzeit f¼r jeden Monat, der zum vollen Jahr der Weiterbesch¼ftigung fehle, in H¼he des im letzten Monat der F¼rderzeit erbrachten Zuschusses zur¼ckzuzahlen. Der Kl¼ger habe der Arbeitnehmerin innerhalb der Nachbesch¼ftigungszeit gek¼ndigt. Von einer R¼ckzahlungsverpflichtung sei nicht abzusehen, weil die in [Â§ 10 SchwbAV](#) genannten Tatbestandsvoraussetzungen nicht gegeben seien. Eine Zustimmung der Hauptf¼rsorgestelle habe nicht vorgelegen. Gem¼Ù Â§ 18 Schwerbehindertengesetz (SchwbG) sei die schriftliche Entscheidung der Hauptf¼rsorgestelle dem Arbeitgeber und dem Schwerbehinderten zuzustellen. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit, die Entscheidung schriftlich niederzulegen. Dementsprechend sei eine m¼ndlich erteilte Zustimmung unwirksam. Der Kl¼ger habe auch keine ErsatzEinstellung eines anderen Schwerbehinderten vorgenommen. Auch die Voraussetzungen des [Â§ 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SGB X](#) l¼gen vor. Der Kl¼ger habe gewusst bzw. grob fahrl¼ssig nicht gewusst, dass der sich aus dem Verwaltungsakt ergebende Anspruch auf Grund der K¼ndigung weggefallen sei. Aus den dem Bewilligungsbescheid beigef¼gten Hinweisen, die Bestandteil des Bewilligungsbescheides gewesen seien, habe dem Kl¼ger bekannt sein m¼ssen, dass er die gew¼hrten Zusch¼sse nur dann behalten k¼nne, wenn er den Arbeitnehmer innerhalb der Nachbesch¼ftigungsfrist von einem Jahr

weiterbeschäftigte.

Gegen den dem Kläger am 09.10.2000 zugestellten Gerichtsbescheid hat dieser am 06.11.2000 Berufung zum Sächsischen Landessozialgericht eingelegt. Er ist der Meinung, vom Arbeitsamt unfair behandelt worden zu sein. Die Kündigung sei erfolgt, damit die Arbeitnehmerin sofort Arbeitslosengeld erhalte. Im Grunde genommen, habe man sich jedoch einvernehmlich getrennt.

Der Kläger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Chemnitz vom 23.08.2000 sowie den Bescheid der Beklagten vom 31.05.1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17.04.1996 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Die Beklagte hat im Berufungsverfahren zunächst die Auffassung vertreten, der Rückzahlungsanspruch ergebe sich entgegen der Meinung des SG aus [Â§ 10 SchwbAV](#). Im Schriftsatz vom 14.08.2001 hat sie die Auffassung geäußert, die Bewilligung der Zuschüsse sei unter der Bedingung bewilligt worden, dass der Schwerbehinderte nach Ablauf der Fürsorgezeit wenigstens ein Jahr weiterbeschäftigt werde. Da die Bedingung nicht eingetreten sei, bestehe eine Rückzahlungspflicht.

Bezüglich der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes hat der Senat auf die Verfahrensakten beider Instanzen sowie die Leistungsakte der Beklagten, die er zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung, Beratung und Entscheidung gemacht hat, Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die statthafte ([Â§§ 143, 144](#) Sozialgerichtsgesetz -SGG-) sowie form- und fristgerecht ([Â§ 151 SGG](#)) erhobene Berufung ist zulässig und begründet. Zu Unrecht hat das SG im Gerichtsbescheid vom 31.05.1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17.04.1996 ist rechtswidrig und verletzt den Kläger daher in seinen Rechten.

I.

Zwar hat die Beklagte den Kläger vor Erlass des Aufhebungsbescheides nicht gemäß [Â§ 24 Abs. 1](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) angehört; die Anhörung war auch nicht gemäß [Â§ 24 Abs. 2 SGB X](#) entbehrlich. Gleichwohl ist der Anhörungsfehler durch Nachholung im Widerspruchsverfahren gemäß [Â§ 41 Abs. 1 Nr. 3 SGB X](#) geheilt.

II.

Für die Erstattungsforderung der Beklagten fehlt es aber an einer hinreichenden gesetzlichen Grundlage. Entgegen der anfänglich im Berufungsverfahren von der Beklagten geäußerten Auffassung ist die Erstattungsgrundlage nicht Â§ 10 der 2. Verordnung zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung SchwbAV) vom 28.03.1988 in der Fassung des Artikel 7 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und zur Änderung anderer Gesetze vom 26.07.1994 ([BGBl. I S. 1792](#)). Inhalt der mit "Nebenbestimmungen über die Rückzahlung" überschriebenen Norm des [Â§ 10 SchwbAV](#) ist die Bewilligung von Zuschüssen unter der Voraussetzung, dass der Arbeitgeber den Schwerbehinderten während der Förderzeit beschäftigt und bei unbefristeten Arbeitsverhältnissen nach Ablauf der Förderzeit wenigstens ein Jahr weiterbeschäftigt. Die Bewilligung ist danach mit der Auflage vorzunehmen, den Zuschuss im Fall des Ausscheidens des Arbeitnehmers vor Ablauf der einjährigen Nachbeschäftigungsfrist für jeden Monat, der zum vollen Jahr der Weiterbeschäftigung fehlt, in Höhe des Betrages des im letzten Monat der Förderzeit erbrachten Zuschusses zurückzuzahlen.

[Â§ 10 SchwbAV](#) basiert auf Â§ 33 Abs. 2 des Gesetzes zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (SchwbG) in der Fassung des Einführungs-gesetzes zur Insolvenzordnung vom 05.10.1994 ([BGBl. I S. 2911](#)). Danach kann die Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen ihrer Zuständigkeit zur besonderen Förderung aus den ihr aus dem Ausgleichsfonds zugewiesenen Mitteln Arbeitgebern Geldleistungen gewähren, wenn diese ohne gesetzliche Verpflichtung oder über die gesetzliche Verpflichtung hinaus Schwerbehinderte, die unmittelbar vor Einstellung länger als 12 Monate arbeitslos gemeldet waren, einstellen. Die Bundesregierung wurde ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedurfte, das Nähere über Voraussetzungen, Personenkreis, Art und Höhe der Dauer der Leistung sowie über das Verfahren zu regeln.

Es kann dahinstehen, ob die Bundesregierung auf der Grundlage des Â§ 33 Abs. 2 letzter Satz SchwbG überhaupt berechtigt war, eine Norm über eine Rückzahlungsverpflichtung in die SchwbAV aufzunehmen. Das Gesetz ermächtigte sie seinem Wortlaut nach hierzu nicht.

Jedenfalls kann aus [Â§ 10 Abs. 1 Nr. 2 SchwbAV](#) keine gesetzliche Rückzahlungspflicht â ähnlich dem Â§ 49 Abs. 4 Arbeitsförderungs-gesetz (vgl. hierzu BSG, Urteil vom 17.03.1988, Az: [11 RAr 62/86](#) = SozR 4100 Â§ 46 Nr. 9; BSG, Urteil vom 17.03.1988, Az: 11 RAr 19/97 = SozR 4100 Â§ 44 Nr. 1; vgl. auch LSG für das Saarland, Urteil vom 24.02.2000, [L 6 AL 24/99](#)) â entnommen werden. Gegen eine sich unmittelbar aus der Verordnung ergebende Rückzahlungspflicht ohne vorherige Aufhebung des Bewilligungsbescheides spricht bereits die Überschrift der Norm. Diese lautet "Nebenbestimmungen über die Rückzahlung". Die Beklagte sollte hiernach zwar berechtigt sein, Nebenbestimmungen in den Bewilligungsbescheid aufzunehmen. Die Überschrift spricht jedoch bereits gegen eine dadurch selbst gesetzlich normierte Rückzahlungspflicht.

Selbiges ergibt sich auch aus dem Wortlaut der Norm. Danach werden Zuschüsse mit der Auflage bewilligt, dass bei einem Ausscheiden nach dem Fälligkeitstermin für jeden Monat, der zum vollen Jahr der Weiterbeschäftigung fehlt, ein Betrag in Höhe des im letzten Monat der Fälligkeit erbrachten Zuschusses zurückzuzahlen ist (Ebenso: LSG-Rheinland-Pfalz, Urteil vom 13.06.2000, Az.: L 7 AL 17/59, Breithaupt 2000 S. 983). Die Verordnung lässt mithin lediglich eine Verbindung der Bewilligung mit einer diesbezüglichen Auflage zu. Die Beklagte wäre hätte sie in dem Bewilligungsbescheid eine diesbezügliche Auflage aufgenommen zum Widerruf der Bewilligung gemäß [Â§ 47 Abs. 2 Nr. 2 SGB X](#) berechtigt gewesen.

III.

Ein die Entscheidung der Beklagten tragender, rechtswirksamer Widerruf liegt nicht vor. Es kann letztlich offengelassen werden, ob der Aufhebungsbescheid der Beklagten in einem Widerrufsbescheid gemäß [Â§ 47 Abs. 2 SGB X](#) umgedeutet werden kann. Gemäß der genannten Norm kann ein rechtmäßig begünstigender Verwaltungsakt, der eine Geld- oder Sachleistung zur Erfüllung eines bestimmten Zweckes zuerkennt oder hierfür Voraussetzung ist, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise auch mit Wirkung für die Vergangenheit widerrufen werden, wenn mit dem Verwaltungsakt eine Auflage verbunden ist und der Begünstigte diese nicht oder nicht innerhalb einer ihm gesetzten Frist erfüllt hat (Nr. 2).

Dahinstehen kann ferner, ob die Bestimmungen im Hinweisschreiben der Beklagten, dass dem Bewilligungsbescheid vom 08.03.1993 beigeheftet war, als Auflage im Sinne des [Â§ 32 Abs. 2 Nr. 4 SGB X](#) zu qualifizieren sind.

Jedenfalls hat die Beklagte das gemäß [Â§ 47 Abs. 2 SGB X](#) erforderliche Ermessen nicht ausgeübt. Weder im Aufhebungsbescheid vom 31.05.1995 noch im Widerspruchsbescheid vom 17.04.1996 wurden Ermessensgesichtspunkte dargelegt (vgl. LSG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 13.06.2000, a.a.O.).

IV.

Die Beklagte war entgegen der Auffassung des SG auch nicht zur Aufhebung der Bewilligung gem. [Â§ 48 Abs. 1](#) Sätze 1 und 2, [50 Abs. 1 SGB X](#) berechtigt. Gemäß [Â§ 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X](#) ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung aufzuheben, soweit in den tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnissen, die beim Erlass eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung vorgelegen haben, eine wesentliche Änderung eintritt.

Bei dem Bewilligungsbescheid vom 08.03.1993 handelt es sich zwar um einen Verwaltungsakt mit Dauerwirkung, weil er Zuschüsse zum Arbeitsentgelt der Arbeitnehmerin I. S. gewährte, mithin ein Rechtsverhältnis begründete, das den Bezug von Sozialleistungen über die darin genannte Dauer zum Gegenstand hatte.

Es ist auch eine wesentliche Änderung der tatsächlichen Verhältnisse im Vergleich zur Rechtslage bei Erlass des Bewilligungsbescheides eingetreten. Zum Zeitpunkt der Bewilligung der Leistung am 08.03.1993 bestand zwischen dem Kläger und der Arbeitnehmerin I. S. ein Arbeitsverhältnis. Ab 01.01.1995 bestand das Arbeitsverhältnis auf Grund der arbeitgeberseitigen Kündigung nicht mehr.

Die Beklagte ist jedoch gemäß [Â§ 48 Abs. 1 SGB X](#) lediglich zur Aufhebung ab dem Zeitpunkt der wesentlichen Änderung der Verhältnisse berechtigt. Eine Aufhebung mit Wirkung ab 01.01.1995 läuft daher leer, da im Bescheid vom 08.03.1993 eine Bewilligung lediglich für die Zeit vom 01.01.1993 bis 31.12.1994, mithin nicht mehr für die Zeit nach der wesentlichen Änderung am 01.01.1995 vorgenommen wurde.

Selbst wenn man jedoch eine Aufhebung mit Wirkung vom 01.01.1995 für zulässig erachten würde, stünde der Beklagten kein Anspruch auf Erstattung der 10.800,00 DM zu.

Â§ 50 Abs. 1 gewährt einen Erstattungsanspruch lediglich, soweit ein Verwaltungsakt aufgehoben worden ist. Da der Verwaltungsakt gemäß [Â§ 48 SGB X](#) allenfalls mit Wirkung vom 01.01.1995 aufgehoben werden könnte und die Beklagte ab diesem Zeitpunkt keine Leistungen mehr bewilligte, steht ihr ein Erstattungsanspruch gemäß [Â§ 50 Abs. 1](#) i.V.m. [Â§ 48 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 2 und 4 SGB X](#) nicht zu.

V.

Auch die seitens der Beklagten erstmals im Schriftsatz vom 14.08.2001 vertretene Auffassung, die Bewilligung der Zuschüsse im Bescheid vom 08.03.1993 sei unter der Bedingung erfolgt, dass der Schwerbehinderte auch nach Ablauf der Förderzeit wenigstens ein Jahr weiterbeschäftigt werde, vermag zu keinem anderen Ergebnis zu führen.

Dem Bewilligungsbescheid war ein Formblatt beigelegt, das mit "Hinweise zum Antrag auf Leistungen nach Â§ 33 Abs. 2 SchwbG" überschrieben war. Nach Ziff. 3 des Formblattes war bei einem Ausscheiden des Schwerbehinderten nach der Förderzeit für jeden Monat, der zum vollen Jahr der Weiterbeschäftigung fehlte, ein Betrag in Höhe des im letzten Monat der Förderzeit erbrachten Zuschusses zurückzahlen. Hierbei handelte es sich um die Wiedergabe des Wortlautes von [Â§ 10 Abs. 1 Ziff. 2 SchwbAV](#).

Eine Bedingung liegt nach der Legaldefinition des [Â§ 32 Abs. 2 Nr. 2 SGB X](#) vor, wenn der Eintritt oder der Wegfall einer Rechtsfolge von einem ungewissen Eintritt eines zukünftigen Ereignisses abhängt (Schroeder-Printzen/Engelmann/Schmalz/Wiesner/von Wulffen, SGB X, 3. Aufl. Rnr. 14 zu Â§ 32; Kopp VwVfG 5. Aufl., Rnr. 21 zu Â§ 36).

Nebenbestimmungen i.S.d. [Â§ 32 SGB X](#) sind von bloßen Hinweisen auf die gesetzliche Rechtslage, die keine Nebenbestimmung darstellen, abzugrenzen

(Schroeder-Printzen, in: Schroeder-Printzen/Engelmann/Schmalz/Wiesner/von Wulffen, a.a.O., Rnr. 3 zu Â§ 32; Kopp, a.a.O. Rnr. 6 zu Â§ 36). LÃ¼sst eine Bestimmung mehrere Auslegungen zu, ist die BehÃ¶rde an diejenige gebunden, von der der Adressat vernÃ¼nftigerweise ausgehen durfte, ohne eine mÃ¶gliche Unbestimmtheit oder UnvollstÃ¤ndigkeit des Bescheides willkÃ¼rlich zu seinen Gunsten auszunutzen ([BSGE 62, 32](#); BSG [SozR 3-1300 Â§ 35 Nr. 2](#); Schroeder-Printzen, a.a.O., Rnr. 4 zu Â§ 32). Bleibt auch aufgrund dieser Beurteilung eine Unklarheit, ist die fÃ¼r den Betroffenen weniger belastende Auslegung maÃgebend (Schroeder-Printzen, a.a.O.).

Die dem Bewilligungsbescheid als Anlage beigefÃ¼gten AusfÃ¼hrungen der Beklagten sind als bloÃe Hinweise auf die bestehende Rechtslage aufzufassen und stellen daher keine Bedingung dar. Dies ergibt sich sowohl aus dem klaren Wortlaut der Ãberschrift der Anlage als auch aus Ziff. 3 der Anlage zum Bewilligungsbescheid. Der objektive EmpfÃ¤nger eines Formblatts, das mit "Hinweise" Ã¼berschrieben ist, fasst diese â sofern sich aus dem Wortlaut der AusfÃ¼hrungen nichts anderes ergibt â berechtigterweise auch als solche auf. Ebenso hat nach Sachlage auch der KlÃ¤ger die AusfÃ¼hrungen verstanden.

Da die Beklagte in Ziff. 3 des dem Bewilligungsbescheid beigefÃ¼gten Formblattes lediglich den Wortlaut des [Â§ 10 Abs. 1 Nr. 2 SchwbAV](#) wiedergab, sind keinerlei Anhaltspunkte vorhanden, um diese AusfÃ¼hrungen als Bedingung i.S.d. [Â§ 32 Abs. 2 Nr. 2 SGB X](#) auszulegen. Das Wort "Bedingung" benutzte die Beklagte an keiner Stelle (vgl. hierzu auch BSG, Urteil vom 25.01.2001, Az.: B 4 RA 48/99R).

Weil die Beklagte somit nicht zur RÃ¼ckforderung der ZuschÃ¼sse berechtigt ist, waren sowohl das Urteil des SG Chemnitz als auch die Bescheide der Beklagten in diesem Umfang aufzuheben.

Die Entscheidung Ã¼ber die Kosten folgt aus [Â§ 193 SGG](#).

GrÃ¼nde fÃ¼r die Zulassung der Revision gemÃ [Â§ 160 Abs. 2 SGG](#) liegen nicht vor. Bei [Â§ 10 SchwbAV](#) handelt es sich bereits dem Wortlaut nach nicht um eine RÃ¼ckforderungsnorm. Vielmehr berechtigt sie lediglich zur Verbindung des Bewilligungsbescheides mit einer Auflage. Die Problematik besteht vorliegend also nicht in der KlÃ¤rungsbedÃ¼rftigkeit von [Â§ 10 SchwbAV](#), sondern der Vorgehensweise der Beklagten. Sie verband den Bewilligungsbescheid entgegen der gesetzlichen Norm nicht mit einer Auflage, die zum Widerruf berechtigt hÃ¤tte. Bei derartigen FÃ¤llen handelt es sich jedoch nicht um Rechtssachen von grundsÃ¤tzlicher Bedeutung (Meyer-Ladewig, SGG, 6. Aufl. Rnr. 7 zu Â§ 160).

Zudem liegt auch deshalb keine Rechtssache von grundsÃ¤tzlicher Bedeutung vor, weil [Â§ 10 SchwbAV](#) mit Wirkung zum 01.10.2000 durch Gesetz vom 29.09.2000 ([BGBl. I S. 1394](#)) auÃer Kraft gesetzt worden ist. Folglich ist [Â§ 10 SchwbAV](#) nunmehr kein geltendes Recht mehr.

Erstellt am: 08.09.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024